

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Zivildienst und Dienstverweigerung</b>
Akteure	<b>Anderer Kirchenverband / Religionsorganisation</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2023</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Benteli, Marianne  
Gilg, Peter

## Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Gilg, Peter 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Zivildienst und Dienstverweigerung, Anderer Kirchenverband / Religionsorganisation, 1985 – 1993*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Landesverteidigung</b>	1
Zivildienst und Dienstverweigerung	1

# Abkürzungsverzeichnis

**EMD** Eidgenössisches Militärdepartement,  
heute: Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

---

**DMF** Département militaire fédéral,  
aujourd'hui: Département fédéral de la défense, de la protection de la  
population et des sports (DDPS)

# Allgemeine Chronik

## Landesverteidigung

### Zivildienst und Dienstverweigerung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 16.04.1985  
PETER GILG

Nach dem Scheitern der zweiten Zivildienstinitiative wurde eine Entschärfung des Problems auf zwei Wegen angestrebt. Im Frühjahr **veröffentlichte eine Arbeitsgruppe der drei Landeskirchen ein neues Zivildienstmodell**. Anknüpfend an den Vorschlag des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes aus dem Jahre 1983 versuchte sie, die von der Initiative vertretene Idee des Tatbeweises in einer Weise zu konkretisieren, die nicht auf eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst hinauslaufen sollte. Sie sah deshalb die Einreichung eines begründeten Gesuchs mit amtlich beglaubigter Verpflichtung zum Zivildienst vor, und an die Stelle einer Überprüfung des Gewissensentscheids setzte sie eine blosser Beratung, alles vor zivilen Instanzen. Die erforderliche Verfassungsrevision gedachte sie auf parlamentarischem Wege einzuleiten.<sup>1</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 02.07.1993  
MARIANNE BENTELI

Die beiden von der «Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot», der SP und dem Christlichen Friedensdienst **lancierten Volksinitiativen** «für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» und «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» **kamen mit 105'680 bzw. 108'762 Unterschriften zustande**. Die bürgerlichen Bundesratsparteien forderten die SP auf, die beiden Initiativen zurückzuziehen, da die Energien auf die drängenden wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme konzentriert werden müssten, weshalb ein weiteres Kräftemessen in der Armeefrage nicht angebracht sei. Die SP wies das Ansinnen entschieden zurück. Gemäss einem Rechtsgutachten zuhanden des EMD verstösst die Initiative «für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» gegen die Einheit der Materie.<sup>2</sup>

---

1) Presse vom 13.04.85; NZZ, 15.04., 16.04.85; Vgl. SPJ, 1983, S. 63 f.; 1984, S. 60.  
2) BBI, 1993, I, S. 107 f.; BBI, 1993, I, S. 89 f.; Presse vom 2.7.93.